

Protokoll

Gremium: Jugendhilfeausschuss

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 05.02.2026
Beginn:	16:00 Uhr
Ende	18:00 Uhr
Sitzungsort:	Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal, Raum 191

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Susanne Miks

Mitglieder

Frau Evelyn Fisbeck

Frau Merle Heßler

Frau Susanne Lamers

Vertretung für KA Bruns

Herr Frank Lukoschus

Herr Stefan Pfeiffer

Frau Irmgard Stolle

Frau Kira Wiechert

von der Verwaltung

Frau Landrätin Karin Harms

Herr Erster Kreisrat Ralf Denker

Herr Kreisverwaltungsoberrat Torsten Niebisch

Frau Diana Fedder-Heikens, Amtsleiterin Jugendamt

Frau Judith Kraiker, stellv. Amtsleiterin Jugendamt

Herr Ansgar Melter, Amtsleiter Beratungsstelle

Frau Alena Schulz, Kreisjugendpflegerin

Frau Irmtraud Tepe, Amtsleiterin Amt für besondere soziale Leistungen

Protokollführerin

Frau Manuela Schwengels

hinzugewählte Mitglieder

Frau Petra Janzing, Vertreterin Untere Schulbehörde

Herr Harald Lüscho, Anerk. Träger der Jugendarbeit

Frau Ursula Peiffer, AG der freien Wohlfahrtsverbände

Frau Heike Roelcke, AG freie Wohlfahrtsverbände

Herr Martin Staubwasser, Richter am Amtsgericht

beratendes Mitglied

Herr Jörg Busch, Erzieher einer Kindertagesstätte

Frau Silva Karo, Vertreterin Interessen ausländischer Kinder

Herr Regionaljugendreferent Johannes Maczewski, Vertreter der evangelischen Kirche

Herr Stefan Schulte, Vertreter der katholischen Kirche

Frau Julia Thieme, Gleichstellungsbeauftragte

Gäste

Frau Naima Hassoun
Herr Frank Ritterhoff
Herr Hermann Nee

Abwesend:

Mitglieder

Herr Hartmut Bollen
Frau Maria Bruns
Herr Hartwin Preussner

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 9. Oktober 2025
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Verpflichtung der zusätzlich in den Jugendhilfeausschuss berufenen Mitglieder auf Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungs- und Vertretungsverbot
Vorlage: MV/004/2026
- 7 Bericht der Leiterin des Jugendamtes
- 8 Bericht der Kreisjugendpflegerin
- 9 Ergebnisse zur Anfrage der SPD "Gründung eines Kreisjugendringes"
Vorlage: MV/098/2025
- 10 Vorstellung des KVHS-Projektes "Elterntalk" durch Frau Naima Hassoun
Vorlage: MV/005/2025
- 11 "Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Ammerland" – Kurzbericht über die bisherigen Aktivitäten durch die kvhs Ammerland und Vorstellung der Jahresplanung 2026
Vorlage: BV/003/2026

- 12** Beschluss über die Satzung zur Heranziehung zum Kostenbeitrag in Bezug auf rechtsansprucherfüllende Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter während der Ferien
Vorlage: BV/002/2026
- 13** Mitteilungen der Landrätin
- 14** Anfragen und Hinweise
- 15** Einwohnerfragestunde
- 16** Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzende Miks eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die Anwesenden. Sie begrüßt insbesondere KVOR Niebisch in der Nachfolge von KR Rabe als zuständigen Sozialdezernenten, EKR Denker als Vertreter der Landrätin und Frau Schwengels als Protokollführerin im Jugendhilfeausschuss.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Sitzung auf Tonträger aufgenommen und diese Aufzeichnung nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Miks stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 9. Oktober 2025

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 6 Verpflichtung der zusätzlich in den Jugendhilfeausschuss berufenen Mitglieder auf Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungs- und Vertretungsverbot Vorlage: MV/004/2026

LR Harms heißt Frau Silva Karo, Frau Ursula Peiffer sowie Herrn Harald Lüschow herzlich willkommen und verpflichtet sie auf Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungs- und Vertretungsverbot.

Zu TOP 7 Bericht der Leiterin des Jugendamtes

KVOR Fedder-Heikens berichtet, dass die Belastung der Kolleginnen und Kollegen im Jugendamt weiterhin sehr hoch sei. Häufige Besuche in Familien seien unerlässlich, um Krisen abzuwenden und neue Träger einzuführen. Die Zunahme der Gerichtsverfahren erfordere zudem die vermehrte Erstellung umfangreicher Stellungnahmen. Das Alltagsgeschäft laufe jedoch weiterhin wie gewohnt.

Die Umstrukturierung des Jugendamtes nehme allmählich Gestalt an. Hierzu sei man weiterhin in engem Austausch mit dem Personalamt.

Der Abschlussbericht zur Prüfung des Landesrechnungshofes zum Thema „Inobhutnahmen - Ist der Kinderschutz in Gefahr?“ werde im Sommer erwartet. Hierüber werde im nächsten Jugendhilfeausschuss berichtet.

Zu den Fallzahlen (Anlage 1) berichtet KVOR Fedder-Heikens, dass in einigen Bereichen ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen sei. Zum Jahresende 2025 zeichnete sich jedoch eine erhebliche Zunahme an notwendigen Inobhutnahmen ab. Es habe sich hierbei um Familien mit mehreren Kindern gehandelt. Leider sei eine Rückführung dieser Kinder nicht möglich gewesen, so dass Folgemaßnahmen notwendig gewesen seien, die sich in den Fallzahlen der Heimerziehung und Vollzeitpflege widerspiegeln würden.

Bei den ambulanten Leistungen sei derzeit ein positiver Rückgang zu verzeichnen. Dies gelte auch für die Leistungen der Schulbegleitung und Lerntherapie.

KVOR Fedder-Heikens dankt anlässlich der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses in dieser Legislaturperiode im Namen des Jugendamtes den Mitgliedern für die vertrauensvolle und wertschätzende Zusammenarbeit.

Auf Nachfrage von KA Lukoschus teilt KVOR Fedder-Heikens mit, dass die Belastung des Kollegiums im Jugendamt nicht durch die Fallzahlen, sondern durch die zunehmende Komplexität der Probleme in den Familien verursacht werde. Dazu gehöre die hohe Streitbarkeit, die große Anzahl an Familien mit Migrationshintergrund und die Krisensituationen, die durch die Folgen der Corona-Pandemie noch verstärkt worden seien.

Herr Staubwasser berichtet von der Arbeit als Familienrichter beim Amtsgericht und lobt die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Gericht und Jugendamt.

Vors. Miks dankt KVOR Fedder-Heikens für den ausführlichen Bericht.

Zu TOP 8 Bericht der Kreisjugendpflegerin

Kreisjugendpflegerin Schulz berichtet von einigen durchgeführten Projekten. So sei im Rahmen der Präventionsstrategie „Communities That Care (CTC)“ eine Auswertung der Schülerbefragung durchgeführt und die psychische Gesundheit als zentrales Thema identifiziert worden. Es seien zu diesem Thema zwei Fortbildungen für Fachkräfte durchgeführt worden. Diese Fortbildungen würden darauf abzielen, die Teilnehmenden nach erfolgreicher Teilnahme zu Multiplikatoren zu befähigen. Es sei bewusst darauf geachtet worden, die Fortbildungen an Grundschulen und an weiterführenden Schulen anzubieten. Für die Grundschulen sei das Verhaltenstraining für Schulanfänger ausgewählt worden. Dieses entspreche einem Sozialkompetenztraining für die ersten Klassen. Mithilfe der Handpuppe „Ferdí“ in Form eines Chamäleons würden Gefühle und ein respektvolles Miteinander mit den Schulanfängern erarbeitet. Das Verhaltenstraining,

welches vom Bremer Institut für Pädagogik und Psychologie durchgeführt werde, umfasse insgesamt vier Termine. Drei Termine seien bereits absolviert worden, in denen Grundlagen des Verhaltensmanagements vermittelt worden seien. Ein weiterer Termin erfolge nach einer längeren Praxisphase nach den Sommerferien. Insgesamt hätten sieben Personen von sechs Grundschulen im Ammerland an der Schulung teilgenommen.

Für die weiterführenden Schulen sei die Trainerschulung HEY LIFE ausgewählt worden. Dies sei ein Workshop, der sich insbesondere mit dem Umgang von Stresssituationen und psychischen Belastungen befasse und vor allem Suizidgedanken thematisiere. Im Rahmen dieser Trainerschulung würden Gesprächsführungstechniken vermittelt, um mit Jugendlichen über die Thematik ins Gespräch zu kommen und Hilfsangebote adäquat anzubieten. Die Trainerschulung werde durch das Werner-Felber-Institut durchgeführt und durch die EHS Dresden wissenschaftlich begleitet. In den vergangenen Wochen seien 20 Personen im Landkreis Ammerland als Trainer für HEY LIFE ausgebildet worden. Von diesen Personen seien 8 Fachkräfte in der kommunalen Jugendpflege tätig. Des Weiteren berichtet Kreisjugendpflegerin Schulz über zwei anstehende Projekte, und zwar den Medienkompetenzkoffer (MiA – Medien im Ammerland), der sich zurzeit in der finalen Abstimmung bzgl. Design und Werbung befinde. Dieses Projekt zielen darauf ab, den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien auf spielerische, interaktive und lebensnahe Weise zu fördern.

Das andere anstehende Projekt, welches in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Mädchenarbeit entwickelt worden sei, wolle Hilfsangebote für Mädchen und junge Frauen sichtbar machen, und zwar in Form von Aufklebern mit dem Slogan „Mädchensache – Stark durch Wissen. Dein Wegweiser für wichtige Fragen“. Dieser Aufkleber soll mit einem Kurzlink und QR-Code versehen in den Druck gehen. Ziel dieser Aktion sei es, eine gebündelte Darstellung von Hilfsangeboten digital bereitzustellen. Dabei würden sich die Themen von Liebe, Sexualität, Stress in der Schule oder zu Hause auch über die Themenfelder Gesundheit, Sucht und Freizeit erstrecken. Man erhoffe sich, die Zielgruppe möglichst niedrigschwellig zu erreichen und die Bandbreite an Angeboten für Kinder und Jugendliche stärker abzubilden und zu vernetzen.

Kreisjugendpflegerin Schulz berichtet weiterhin, dass das Sorgen- und Krisentelefon in diesem Jahr sein 25jähriges Bestehen feiern kann.

Vors. Miks dankt Kreisjugendpflegerin Schulz für den informativen Bericht.

Zu TOP 9 Ergebnisse zur Anfrage der SPD "Gründung eines Kreisjugendrings"

Vorlage: MV/098/2025

Kreisjugendpflegerin Schulz erläutert die Vorlage und berichtet, dass es sieben Rückmeldungen zu einem Rundschreiben vor Weihnachten gegeben habe. Die geringe Rücklaufquote sei unter anderem der Tatsache geschuldet, dass die Anfrage die Vereine in der Winterpause erreicht habe. In sechs Fällen habe es eine positive Rückmeldung für eine Neugründung gegeben. Im Rahmen eines Arbeitstreffens mit den Vereinen und Verbänden Ende Januar sei das Thema ebenfalls aufgegriffen worden. Es habe sich nun eine Arbeitsgruppe unter den Vertretern der Vereine und Verbände gebildet, die sich mit den Formalitäten und Voraussetzungen für eine Neugründung befassen würde. Die Arbeitsgruppe habe bereits den Kontakt zum Landesjugendring aufgenommen, der die fachliche Begleitung übernehme. Somit sei nun abzuwarten, wie sich der Prozess weiterentwickeln würde.

Zu TOP 10 Vorstellung des KVHS-Projektes "Elterntalk" durch Frau Naima Hassoun

Vorlage: MV/005/2025

Frau Hassoun berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2) über das KVHS-Projekt „Elterntalk“, welches Mütter und Väter in ihrer Medienkompetenz und Erziehungsverantwortung stärken soll. Hierfür treffen sich 5 bis 7 Mütter und Väter von Kindern bis zu 18 Jahren, oft mit interkulturellem Hintergrund, zu einem „Talk“ für zwei Stunden in privater Atmosphäre. Eine Person, die moderiere, stehe den Teilnehmern beratend zur Seite. Dieser Moderator unterstütze den Austausch. Eltern können als Gastgeber fungieren oder sich als Moderator/Moderatorin ausbilden lassen. Die Treffen werden oft in der eigenen Herkunftssprache geführt. Elterntalk sei eine gute Gelegenheit, sich zu vernetzen, besonders in Bezug auf Medien, Erfahrungen auszutauschen und neue Perspektiven zu gewinnen. Zudem solle der Elterntalk die Stärkung der Erziehungskompetenz, gesundes Aufwachsen und Regeln im Familienalltag stärken. Elterntalk Niedersachsen werde durch die Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen e.V. koordiniert und durch das Niedersächsische Sozialministerium finanziert. In 2025 seien 100 Talks mit 652 Teilnehmenden und 1.562 Kindern im Landkreis Ammerland durchgeführt worden und es sei erstmals auch eine reine Männergruppe entstanden. Auf Nachfrage von KA Wiechert zur Ausbildung von Moderatoren und Moderatorinnen antwortet Frau Hassoun, dass es wichtig sei, dass diese mehrsprachig und auch Eltern sind. Die zukünftigen Moderatorinnen und Moderatoren würden in Gesprächsführung geschult werden.

Frau Hassoun erklärt auf Nachfrage von KA Lamers und KA Stolle, dass es unterschiedliche Lernniveaus und Bildungsstände gebe. Viele Eltern würden online nach Informationen suchen. In vielen Kulturen beachte man Kinderrechte nicht so wie in Deutschland. Beim Elterntalk gehe es darum, die Eltern zu begleiten. In vielen Fällen könne auch eine Anbindung an Kurse der KVHS erreicht werden, wodurch wiederum Kontakte geknüpft werden könnten. Frau Hassoun teilt mit, dass sie sehr gut vernetzt sei und vieles über Mundpropaganda laufe. Dies sei eine normale Kettenreaktion. Die Eltern könnten sich auch direkt mit ihr in Verbindung setzen, das Angebot sei kostenfrei.

KA Lukoschus hebt die gute Präventionsarbeit des Elterntalks hervor.

Auf Nachfrage von KVOR Niebisch teilt Frau Hassoun mit, dass die Finanzierung bis Ende des Jahres gesichert sei. Der Bedarf und die Nachfrage im Ammerland seien sehr hoch. Man habe noch nicht einmal Kontakt mit den Schulen aufgenommen, bei denen der Bedarf voraussichtlich auch sehr hoch sein werde. In Hannover laufe das Projekt jetzt schon über 10 Jahre.

KA Lukoschus spricht sich dafür aus, sich dafür einzusetzen, dass die finanzielle Förderung dieses Projekts weitergeführt werde.

Vors. Miks betont noch einmal, dass die Finanzierung über das Land Niedersachsen laufe. Hier müsse man sich für eine Weiterführung einsetzen.

KA Pfeiffer spricht sich ebenfalls für die Weiterfinanzierung des Projekts aus und fragt nach den Kosten für das Projekt. Er bittet im Rahmen des Protokolls um Beantwortung.

Anmerkung:

Die Kosten für „Elterntalk“ mit jährlich 100 Talks belaufen sich aktuell auf insgesamt rund 20.200 € im Jahr 2026.

Davon werden momentan 11.400 € aus Landesmitteln durch die Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen übernommen. Diese Förderung läuft nach aktuellem Stand Ende 2026 aus. Sie umfasst

- 400 € „Honorar“/Monat für die Koordination von Elterntalk und Schulung der Moderatorinnen (tatsächlicher Zeitaufwand ist deutlich höher)*
- 50 € Sachkosten pro Monat sowie*
- 60 € pro Talk (davon 40 € für die Moderatorin und 20 € für die Gastgeberfamilie)*

Weitere 8.800 € pro Jahr bringt die KVHS aktuell aus anderen, zeitlich nur begrenzt verfügbaren Projekten in die Koordination und Umsetzung von Elterntalk ein (z.B. Fahrtkosten, anteilig Personalkosten, Büromieten, Versicherungen, Verwaltung).

Für die Folgejahre sind eventuelle Tarifierhöhungen zu berücksichtigen.

LR Harms informiert, dass GF Krüger von der KVHS gut aufgestellt sei, was die Akquise von Fördermitteln betreffe. Im Vordergrund stehe nun die Evaluierung der Projektergebnisse, die anschließend nach Hannover weitergeleitet werden könnten. Über die Projektentwicklung könne im nächsten Ausschuss berichtet werden. Sollte zusätzliche Unterstützung erforderlich sein, werde der Landkreis sein Interesse an einer Weiterführung der Förderung dieses Projektes bekunden.

**Zu TOP 11 "Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Ammerland" – Kurzbericht über die bisherigen Aktivitäten durch die kvhs Ammerland und Vorstellung der Jahresplanung 2026
Vorlage: BV/003/2026**

Herr Ritterhoff von der KVHS Ammerland berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation ausführlich über das Projekt „Demokratie Leben! – Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Ammerland“ (Anlage 3).

Vors. Miks dankt Herrn Ritterhoff für den ausführlichen Bericht.

KVOR Niebisch ergänzt, dass sich die Förderbedingungen geändert hätten und eine Gremienbefassung nun Voraussetzung für eine weitere Förderung sei.

LR Harms lobt das Projekt und die hervorragende Umsetzung der KVHS. Sie bedankt sich herzlich und ermutigt alle, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen. Sie selbst habe am Holocaust-Gedenktag teilgenommen und sei tief berührt gewesen. Die Besucher seien aus allen Altersgruppen gekommen, was bedeute, dass die KVHS mit ihrem Programm das Ziel, Demokratie zu leben, erreiche.

Es wird einstimmig beschlossen:

Die KVHS Ammerland als Träger des Projekts „Demokratie Leben! – Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Ammerland“ wird beauftragt, die Durchführung des Projekts gemäß der vorgestellten Jahresplanung im Jahr 2026 fortzusetzen.

Zu TOP 12 Beschluss über die Satzung zur Heranziehung zum Kostenbeitrag in Bezug auf rechtsansprucherfüllende Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter während der Ferien
Vorlage: BV/002/2026

KVOR Niebisch nimmt Bezug auf die Vorlage und erläutert, dass das Thema Ganztagsbetreuung in den vorangegangenen Ausschusssitzungen bereits beraten worden sei. Diese Aufgabe sei vom Bund über das Land als Aufgabe übertragen worden. Die Schulen seien für die Ganztagsbetreuung während der Schulzeit zuständig, während der Landkreis die Ferienbetreuung an fünf Tagen pro Woche für acht Stunden während der gesamten Ferienzeit übernehmen müsse. Ausgenommen seien vier Wochen Schließzeit. Die Erhebung von Kostenbeiträgen sei notwendig, um die erheblichen Kosten zu decken, die mit der Betreuung verbunden seien. In der heutigen Sitzung werde daher eine Satzung zur Abstimmung vorgelegt, die die Erhebung solcher Beiträge ermögliche. Die Satzung sehe vor, dass Eltern einen Beitrag von 8,00 Euro pro Tag für Sachkosten wie Bastelarbeiten, Hygieneartikel, Eintrittsgelder, etc. leisten müssten, beitragsfrei sei lediglich die Betreuung. Für die Mittagsverpflegung sei vorerst ein Betrag von 5,00 Euro festgelegt worden. Die Koordinierungsstelle der KVHS befinde sich diesbezüglich aber noch in Verhandlungen mit verschiedenen Caterern. Obwohl der Beginn des neuen Schuljahres erst im Herbst liege, möchte man den Eltern Sicherheit bieten, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Anmeldung der Kinder.

EKR Denker ergänzt, dass in der heutigen Jugendhilfeausschusssitzung zwei Mitarbeiterinnen der Koordinierungsstelle zu Gast seien. Diese würden sich kreisweit um den reibungslosen Ablauf des Projekts kümmern. Dies sei heute die Gelegenheit, der Koordinierungsstelle für ihre Arbeit zu danken. Er möchte ausdrücklich zu der grundsätzlichen Maßnahme sagen, dass es wichtig und gut sei, dass die Kinder vernünftig betreut würden.

Zu den Finanzen ist der Vorlage zu entnehmen, dass der Landkreis Ammerland alleine durch die Betreuung in der Ferienzeit mit einem Finanzaufwand von 2 Mio. Euro rechne. Dies sei jedoch noch nicht die Endsumme, da ein wesentlicher Kostenfaktor für die Förderschulen noch nicht ermittelt worden sei. Auch in den Förderschulen bestehe ein Rechtsanspruch auf Betreuung. Die Betreuung beeinträchtigter Kinder in „normalen“ Grundschulen sei nicht möglich, daher sei zu erwarten, auch in Förderschulen oder Hilfeeinrichtungen zu betreuen. Hier würden noch zahlreiche Gespräche anstehen. Es sei zu erwarten, dass die entsprechenden Träger dieser Einrichtungen auch zusätzliche Finanzmittel benötigen werden, so dass nicht mit 2 Mio. Euro, sondern mit deutlich mehr zu rechnen sei. Entsprechende Gegenfinanzierungsmaßnahmen des Landes Niedersachsen gebe es, diese würden aber bei weitem nicht ausreichen.

Die finanziellen Mittel, die vom Land zur Verfügung gestellt würden, fließen den Gemeinden als Träger der Grundschulen zu. Dies sei gut und richtig, aber es mache auch deutlich, dass der Landkreis hier keine Zuschüsse zu erwarten habe. Es sei ein Musterbeispiel dafür, dass auf Bundesebene eine Maßnahme auf kommunaler Ebene

abgewälzt werde, ohne dass entsprechende Finanzmittel fließen. Die Besonderheit sei hier auch, dass das Konnexitätsprinzip nicht greife, da es sich um ein Bundesgesetz handle und Konnexität lediglich zwischen Bund und Land sowie zwischen Land und Kommunen bestehe, jedoch nicht zwischen Bund und Kommunen.

KA Stolle nimmt Bezug auf die bevorstehende Anmeldung der Kinder, und betont, dass hier eine Verbindlichkeit für eine festgelegte Zeit wichtig sei.

Auf Nachfrage von KA Fisbeck erläutert KVOR Niebisch, dass bei der Betreuung mit den Erstklässlern im Schuljahr 2026/2027 begonnen werde. Es sei bekannt, dass die Gemeinden/die Stadt unterschiedliche bestehende Strukturen für die Betreuung der Grundschulkinder in der Ferienzeit vorhalten. Der Landkreis müsse nun mit der Betreuung für die Erstklässler in diesem Jahr aufwachsend bis zur 4. Klasse im Jahr 2029 „dazwischen grätschen“, da ein kreiseinheitliches System nicht realisierbar sei.

EKR Denker führt aus, dass es einen Rechtsanspruch auf Betreuung gebe. Und der Landkreis Ammerland bediene nur den Rechtsanspruch.

Herr Busch erkundigt sich nach einer möglichen Abstimmung der Schließzeiten zwischen Kindertagesstätten und Schulen. Er weist darauf hin, dass viele Familien Kinder sowohl in der Schule als auch in der Kindertagesstätte hätten und entgegengesetzte Schließzeiten zu erheblichen Schwierigkeiten führen könnten.

KVOR Niebisch antwortet, dass dies durch die Koordinierungsstelle abgestimmt werde.

KA Lukoschus hält die Staffelung der Satzung für angemessen und schließt sich den Ausführungen von KA Stolle an, die Anmeldung für die Eltern verbindlich zu machen.

Auf Nachfrage von KA Lukoschus erläutert EKR Denker, dass die Gemeinden bzw. die Stadt als Schulträger Gelder erhalten. Während der Ferienzeit handle es sich jedoch nicht um Schulbetrieb, sondern um eine Jugendhilfemaßnahme, für die von Bund und Land keine Gelder bereitgestellt würden.

KA Lukoschus betont, dass alle angesprochenen Projekte und Initiativen sehr gut laufen und lobenswert seien. Er hebt jedoch die erheblichen finanziellen Herausforderungen hervor und erinnert an die Haushaltsdiskussion Ende 2025. Es sei wichtig, von der Bundespolitik Lösungen für die Finanzierung zu fordern, da viele Aufgaben auf die Kommunen abgewälzt würden. Diese Botschaft müsse unbedingt fraktionsübergreifend kommuniziert werden.

KA Pfeiffer weist auf die Möglichkeit von Klagen bzgl. der Beförderung im Rahmen der Ferienbetreuung hin. Diese sei lt. Satzung bisher bewusst ausgeschlossen, da es sich nicht um Schülerbeförderung handelt. Viele Eltern seien sich dessen möglicherweise nicht bewusst und könnten rechtliche Schritte einleiten.

KVOR Niebisch erläutert auf Nachfrage von KA Lamers, dass es regelmäßige Besprechungstermine mit den Gemeinden, der Koordinierungsstelle, dem Jugendamt und dem Schul- und Kulturamt gebe. Er betont jedoch noch einmal, dass der Landkreis in diesem Schuljahr lediglich für die Erstklässler zuständig sei. Wenn die Gemeinden oder die Stadt für die Klassen 2, 3 und 4 etwas anbieten, falle dies in deren Aufgabenbereich.

EKR Denker ergänzt, dass die Gemeinden und die Stadt bereits sehr unterschiedliche bestehende Systeme für die Ferienbetreuung hätten. Einen harten Schnitt durchzuführen, d.h. im ersten Jahr für die Klasse 1 ein Angebot vorzuhalten und die gemeindlichen Angebote für die Klassen 2-4 einzustellen, sei aus gemeindlicher Sicht nicht durchführbar, weshalb sich die Gemeinden dagegen entschieden haben.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Die Satzung über die Heranziehung zum Kostenbeitrag in Bezug auf rechtsansprucherfüllende Ganztagsbetreuung während der Ferien wird mit Wirkung ab dem 01.08.2026 beschlossen.

Zu TOP 13 Mitteilungen der Landrätin

LR Harms dankt allen Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses für ihr Engagement und ihre Mitarbeit. Sie betont, dass die Arbeit im Ausschuss stets wertvolle Erkenntnisse liefere, die in andere Netzwerke einfließen können.

Dies sei ihr letzter Jugendhilfeausschuss in ihrer Funktion als Landrätin und die Arbeit in diesem Ausschuss habe ihr immer viel Freude bereitet.

Zu TOP 14 Anfragen und Hinweise

Frau Peiffer vom Kinderschutzbund macht darauf aufmerksam, dass der Kinderschutzbund, Kreisverband Ammerland, ein Spielmobil betreibe, welches jedoch ohne finanzielle Unterstützung nicht weiterbetrieben werden könne, da die bisherige Unterstützung durch die Spendenaktion des NDR auslaufe. Sie fragt nach, ob es Unternehmen, lokale Behörden oder andere Sponsoren gebe, die sich an der finanziellen Unterstützung beteiligen könnten. Sollten die Sitzungsteilnehmenden hier Ideen haben, bittet sie um eine kurze Rückmeldung.

Zu TOP 15 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 16 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Miks schließt die öffentliche Sitzung.